

WASTEBOOK

**WIEN
GEHT ANDERS**

**WIE
WIEN
MILLIONEN
VER-
SCHWENDET**

news

VORWORT

Die Stadt steckt in ihrer größten Krise seit 1945: Rekordschulden, Rekordarbeitslosigkeit und immer mehr Mindestsicherungsbezieher_innen. Für wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung oder Gesundheit fehlt das Geld. Gleichzeitig wird an allen Ecken und Enden Geld verschwendet. Aufgeblähte Bürokratie, strukturelle Korruption, unfaire Privilegien wohin man schaut – die Wiener Politik und ihr Verwaltungsapparat sind ein träger, sündteurer Apparat.

Die Liste der Fälle von Intransparenz, Freunderlwirtschaft und Verschwendung ist lang. Das Wastebook ist eine Sammlung von 20 Beispielen für dramatische Steuergeldverschwendung, die das System der dilletantischen Regierungsarbeit aufzeigen. Rot und Grün behandeln die Stadt wie ihr Eigentum.

Wien geht anders. Wir kämpfen gegen Steuergeldverschwendung und Privilegien, wir wollen Zukunft gestalten statt Vergangenheit verwalten. Wir wollen eine moderne Verwaltung und Politik, die das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt statt sich selbst zu bedienen. Schluss mit Steuergeldverschwendung, Privilegien und Versorgungsposten für Parteigünstlinge. 500 Millionen Euro jährlich können wir bei Politik und Verwaltung sparen und das Service für die Wienerinnen und Wiener dabei trotzdem verbessern.

Beate Meinl-Reisinger
Klubobfrau



DAS KRANKENHAUS ALS KUNSTFEHLER

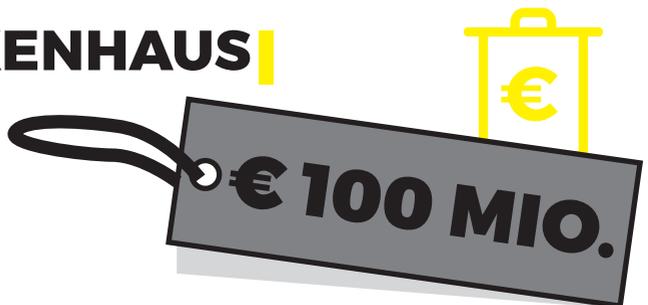
Der Krankenanstaltenverbund wollte bei der Errichtung des Krankenhaus Nord 50 Millionen Euro sparen – und versenkte mindestens 100 Millionen im Pfusch.

Machen wir's doch einfach mal anders. Andere beschäftigen Profis – aber das kann ja jeder. – So oder ähnlich muss der Gedankengang der Verantwortlichen bei der Planung des Krankenhaus Nord gewesen sein. Statt wie auf Großbaustellen üblich einen Generalunternehmer zu beauftragen, entschied der Krankenanstaltenverbund, das Projektmanagement selbst zu übernehmen. Die Folge: Statt die erhofften 50 Millionen Euro einzusparen sind bisher durch Chaos und Inkompetenz mindestens **100 Millionen Euro an Mehrkosten** angefallen. Der ursprünglich für 2015 geplante Fertigstellungstermin hat sich bereits um mindestens zwei Jahre auf frühestens Sommer 2017 verschoben.

Besonders denkwürdig: **Der Architekt Albert Wimmer hatte noch nie zuvor ein Krankenhaus geplant.** Trotzdem setzte sich sein Projekt in der Ausschreibung gegen 37 Mitbewerber durch. Und typisch Wiener Freunderlwirtschaft: Wimmer ist Ehemann der Wiener Frauengesundheitsbeauftragten Beate Wimmer-Puchinger, die bei den Gemeinderatswahlen 2015 für die SPÖ kandidierte.

Zusätzlich werden **immer mehr Planungsfehler** bekannt: So sollen etwa elektromagnetische Felder, die auf Grund der Lage zwischen Schienen auftreten, eine Gefahr für besonders störanfällige medizinische Geräte sein. Berechnungsfehler der beauftragten Statiker und Konkurse anderer Subunternehmer ziehen eine Reihe von weiteren Folgeproblemen nach sich – Insider befürchten bereits Gesamtkosten von bis zu 1,5 Milliarden. Das ist das Doppelte der ursprünglichen Gesamtprojektsumme.

**KRANKENHAUS
NORD**



DIE FRANKEN-FALLE

Wiens Finanzstadträtin Renate Brauner hielt hartnäckig an Frankenkrediten fest. Damit verantwortet sie Verluste in der Höhe von 500 Millionen Euro.

Zugegeben: Smarte Investitionen sehen nicht immer smart aus. Manchmal müssen Investoren gegen den Strom schwimmen, Unerwartetes tun und Durchhaltevermögen in schlechten Zeiten beweisen.

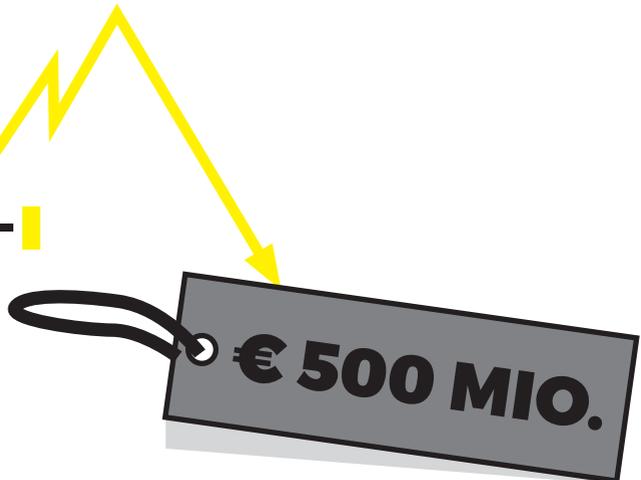
Finanzstadträtin Renate Brauner schwimmt ganz sicher gegen den Strom: Während alle Welt in den letzten Jahren die Flucht aus Frankenfina-
nzierungen suchte, nahm sie als Verantwortliche der Stadt Wien fröhlich weiter Frankenkredite auf.

Das Beruhigungsmantra: Man müsse ja nicht zurückzahlen, solange der Kurs ungünstig sei. Man könne ja **einfach weiter Kredite aufnehmen**. Anfang 2015 ist der Frankenkurs noch einmal kräftig nach oben geschossen, die vermeintlich günstige Finanzierungsform hat bereits **500 Millionen Euro Spekulationsverluste** gebracht – und genau jetzt möchte Brauner doch aussteigen. Der Schaden allerdings ist bereits angerichtet.

Die bisher hartnäckig geleugneten Millionenschulden werden sich in den nächsten Jahren ganz deutlich auf das Wiener Budget schlagen.

Unerwartet und gegen den Strom gerichtet ist diese Entscheidung allemal. Und was das Durchhaltevermögen betrifft, beweisen die SPÖ-Politiker_innen eben einmal mehr, dass sie die Wienerische Variante davon haben: Sitzfleisch.

**FRANKEN-
KREDITE**



PLEITE-KARUSSELL

Bei der Neugestaltung des Prater Vorplatzes versenkte die Stadt Wien 28 Millionen Euro in einem undurchsichtigen Karussell von Pleitefirmen – ohne Ausschreibung, versteht sich.

Schade eigentlich, dass es im Prater keine Pyramiden gibt. Dann lass uns wenigstens ein Pyramidenspiel veranstalten. – So könnte die Geschichte um die Neugestaltung des Prater Vorplatzes ihren Anfang genommen haben. Das unrühmliche Ende der Geschichte: Die Baukosten haben sich nahezu verdoppelt, am Ende schlugen **28 Millionen Euro mehr als geplant** zu Buche. Aber der Reihe nach: Die Neugestaltung des Prater Vorplatzes wurde von der Stadt Wien ohne Ausschreibung vergeben. Die Prater Marketing Gesellschaft kam direkt zum Zug. Anstatt den Bau selbst durchzuführen, gründete diese 100%-Tochter der Stadt Wien wiederum eine eigene Tochter, die Riesenradplatz Errichtungsgesellschaft.

Diese nahm die Immofinanz als Finanzierungspartner mit ins Boot. Die Immofinanz zog für die Abwicklung dieses Projekts wiederum eine eigene Tochter heran und beauftragte sie mit der Planung und Bauausführung. Diese Tochter allerdings ging trotz des Millionenauftrags in Konkurs. Und hatte überdies, wie eine **Prüfung des Stadtrechnungshofs** ergab, weder die Befugnis als Bauunternehmer aufzutreten noch – als Eventveranstalter – irgendwelche Erfahrung darin. Dafür hatte der Geschäftsführer der Immofinanz-Tochter um so engere Verbindungen zum Prater Vorplatz – war er doch gleichzeitig Pächter eines dort angesiedelten Unternehmens.

In diesen vielen Kanälen versickerten jedenfalls 60 statt ursprünglich geplanter 32 Millionen Euro – und niemand weiß, wohin, warum oder in wessen Verantwortung.



WENIGER ALS HEISSE LUFT

Die Suche nach heißem Wasser, das es dort nicht gibt, verschlang in der Seestadt Aspern über 16 Millionen Euro. Übrig blieb nicht einmal heiße Luft.

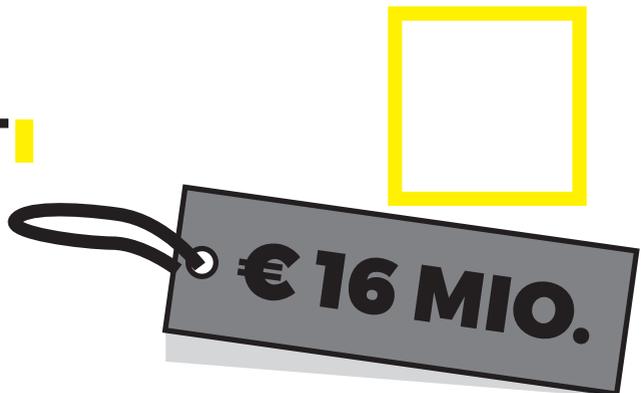
Heiße Luft ist man von der Wiener Stadtregierung ja gewohnt. Dass heiße Luft statt heißem Wasser allerdings **16 Millionen Euro** kostet, ist sogar für Wiener Verhältnisse neu. So geschehen in der Seestadt Aspern, als sich ein geplantes Geothermieprojekt als Luftschloss erwies.

Dabei klang es anfangs gut: Große Teile der Seestadt sollten geothermisch, also mit heißem Wasser aus der Erde, beheizt werden. Investitionssumme: **17,26 Millionen Euro**.

Schon bald aber stellte sich heraus: In der Seestadt gibt es gar kein heißes Wasser. 16,1 Millionen Euro mussten abgeschrieben werden. Nachdem Geothermieprojekte immer ein gewisses Risiko miteinschließen, hatten die Verantwortlichen auch eine Versicherung abgeschlossen und dafür 3,8 Millionen Euro an Prämien gezahlt. Das denkbar größte Risiko – nämlich eben jenes, kein heißes Wasser zu finden – war durch diese Versicherung aber nicht abgedeckt. So wurden nur **3,75 Millionen Euro** – weniger als die geleistete Versicherungsprämie – ausbezahlt.

Zurück bleiben ein **gescheitertes Projekt** – und ein Loch von mehr als 16 Millionen Euro.

**SEESTADT
ASPERN**



DA BLEIB I STUR!

Die Stadt steckt 2,3 Millionen Euro in die Teilsanierung einer Wohnanlage, die abgerissen werden soll. Und stoppt dann doch den Abriss, um das Gebäude verfallen zu lassen. Statt aber günstig zu sanieren, werden teure neue Gemeindebauten errichtet.

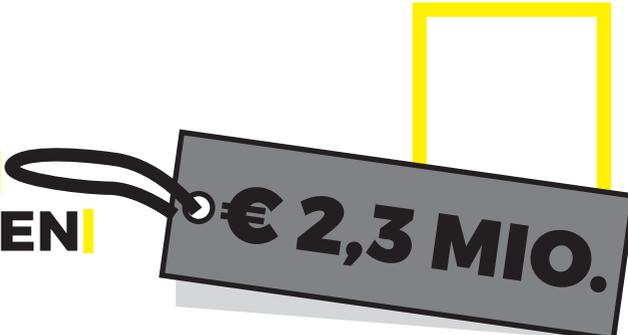
„Wien baut wieder Gemeindewohnungen – da bleib i stur“ – das war eine der vollmundigen Ankündigungen von Bürgermeister Häupl im letzten Gemeinderatswahlkampf.

Was Sturheit bedeutet, das zeigt die Geschichte des ehemaligen Personalwohnheims des SMZ Ost. Das Wohnheim hat 500 Wohneinheiten zu je 28 Quadratmetern – also eine ideale Studentenwohnanlage. Schon 2002 war die Sanierung dieses Wohnkomplexes mit 11,5 Millionen Euro beziffert worden. Davon sind bereits 2,3 Millionen Euro in die Sanierung von Dach, Fenstern und Heizkörpern gesteckt worden. 2012 folgte dann der Beschluss: Das Gebäude soll abgerissen werden – für etwa 2,5 Millionen Euro.

Zusätzlich wäre mit dem Abriss allerdings die Rückzahlung eines Wohnbaudarlehens in der Höhe von 3,7 Millionen Euro fällig. Damit erhöhen sich die tatsächlichen Abrisskosten auf 6,2 Millionen Euro. Rechnet man noch die bereits in die Sanierung investierten 2,3 Millionen dazu, kostet der Abriss in Wahrheit 8,5 Millionen Euro.

Demgegenüber stehen 11,5 Millionen Sanierungskosten. Der wahre Kostenunterschied zwischen Abriss und Sanierung liegt also bei nur 3 Millionen Euro. Das wären sehr günstige 500 neue Gemeindewohnungen. Stattdessen investiert die Stadt aber lieber in neue Gemeindebauten – um jeden Preis.

**BAUEN |
UM JEDEN |
PREIS**



€ 2,3 MIO.

WO GEHTS HIER ZUM TOR?

Die Stadt Wien schafft es sogar, auf einer Fußballwiese in einem absurden Verwirrspiel knapp eine Million Euro zu versenken.

Wer den österreichischen Fußball mitverfolgt, hat manchmal den Eindruck, die Spieler wüssten nicht, wo das Tor ist. Wenn man diese Geschichte kennt, kann man ihnen das gar nicht übelnehmen ...

Die Fußballplätze des Sportvereins Essling wurden **bereits mehrfach um 90 Grad gedreht.**

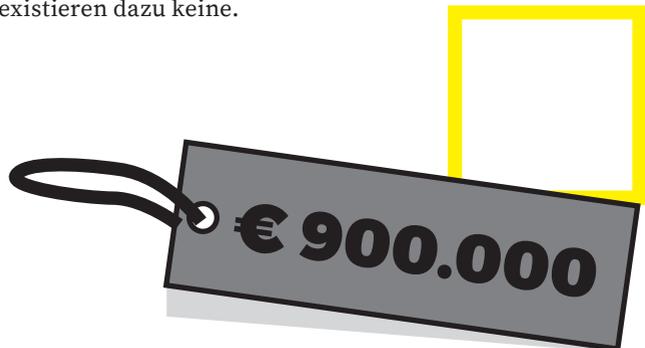
Die Geschichte begann im Jahr 2000, damals war die Anlage im Besitz der Republik. Die zwei vorhandenen Plätze wurden um 90 Grad gedreht, um Raum für einen dritten Platz zu schaffen.

Das nervte allerdings die Anrainer, denn durch die geänderte Spielrichtung landeten jetzt öfters Bälle auf ihrem Grundstück. Sie klagten; der Prozess zog sich bis vor den obersten Gerichtshof. Mittlerweile hatte die Stadt Wien das Grundstück übernommen.

Nach der Entscheidung des OGH, dass die Anrainer nicht mehr mit verirrtten Bällen belästigt werden sollten, wurden die Fußballplätze wieder in die ursprüngliche Lage zurückversetzt; zusätzlich wurde einer der beiden Plätze mit Kunstrasen ausgestattet, um öfter bespielt werden zu können und so den Verlust des dritten Platzes wettzumachen. **Kosten: 900.000 Euro.**

Warum nicht einfach ein Ballfangzaun gebaut wurde und wie viel billiger diese Lösung gewesen wäre, weiß niemand. Außer einem Mitarbeiter der zuständigen Magistratsabteilung, der entschieden hatte: Ein Ballfangzaun sei hier technisch nicht möglich. Warum das so wäre, weiß nun wirklich niemand. Denn Unterlagen existieren dazu keine.

**SPORT-
VEREIN
ESSLING**



FÜR DEN HAUSMEISTER REICHT'S NICHT

Wiener Wohnen versprach 40% Kostensenkung in der Hausbetreuung und kündigte die Hausbesorger. Die Folge: Mehrkosten von 14 Millionen Euro für die Mieter_innen.

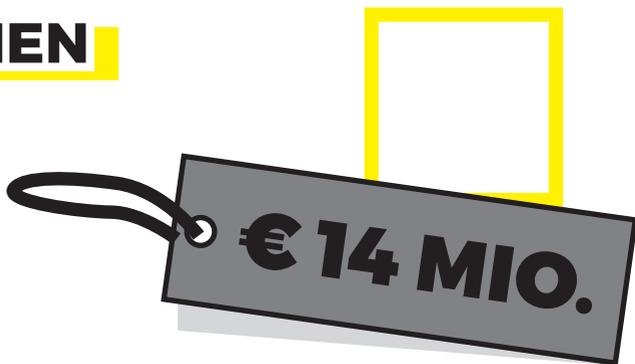
Sparen ist eine relative Angelegenheit. Man kann auf etwas sparen, man kann bei etwas sparen – oder man kann einfach bei anderen sparen. In diese Kategorie fallen die Sparmaßnahmen bei Wiener Wohnen. Dort wurden die **Hausbesorger abgeschafft** – der damalige Wohnbaustadtrat Werner Faymann versicherte 2006, dass durch diese Maßnahmen 40% der Hausbetreuungskosten eingespart werden könnten.

Tatsächlich stiegen die Kosten aber – und zwar seit 2006 gleich um kräftige 40 Millionen Euro. Das ist ein Anstieg um 13 Prozent. Von Ersparnissen für die Mieter_innen also keine Rede mehr.

Die Frage ist jetzt, wohin das Geld geflossen ist. Ein Teil wohl in die **Abdeckung anderer Fälle von Misswirtschaft**: Als die Gartenpflege ebenfalls statt von Dienstleistern von der Wiener Wohnen Haus- & Außenbetreuung GmbH übernommen wurde, sind in einigen Gemeindebauten die **Kosten um satte 100% explodiert**.

Außer Zweifel steht, dass die Wiener Wohnen H&A GmbH wohl nicht bei sich selbst spart. Denn die Gewinne der „Privatfirma“ Wiener Wohnen Hausbetreuung betragen dank all dieser Mehrbelastungen für die Mieter_innen in den Jahren 2014 und 2015 13 Millionen Euro. Die irgendwo im allgemeinen Budget verschwinden.

WIENER WOHNEN



UMSCHULUNG? ABTEILUNGSWECHSEL? FRÜHPENSION!

Wenn Wiener Beamte nicht mehr gebraucht werden, werden sie mit 55 in Frühpension geschickt. Die Stadtwerke verabschieden sich gerade von 800 Mitarbeiter_innen – und belasten damit das Budget mit 10 Millionen Euro pro Jahr.

Wessen Job nicht mehr benötigt wird, der muss sich etwas Neues suchen. Das gilt sogar für Beamte: Wenn Bundesbeamte in ihrem Job nicht mehr gebraucht werden, wechseln sie die Abteilung oder müssen Umschulungen absolvieren. Nicht so in Wien: Wer nicht mehr gebraucht wird, wird in **Frühpension** geschickt.

Das letzte Beispiel dafür lieferten die Wiener Stadtwerke mit 800 ihrer Mitarbeiter_innen: Diese sollen innerhalb der nächsten drei Jahre in den Ruhestand geschickt werden. Eine Sonderregelung des Wiener Landesrechts erlaubt diese Maßnahme schon ab dem **55. Lebensjahr**.

Entgegen der Behauptung der Wiener Stadtwerke, es handele sich um Schicht- und Schwerarbeiter, ergaben Recherchen, dass unter den 800 Personen auch viele Kanzleimitarbeiter_innen, Jurist_innen oder Ärzt_innen sind – die im Landesdienst noch sehr gut hätten Verwendung finden können.

Gleichzeitig haben die Wiener Stadtwerke in den letzten zehn Jahren mehr als 500 Personen neu angestellt. Klingt nicht sehr logisch, neues Personal über Jahre hinweg anzustellen, wenn man eigentlich zu viel Personal hat. In der Stadt Wien ist's möglich: Zahlen tut's eh der Steuerzahler.

**FRÜH-
PENSION**

55 J.

€ 10 Mio.

دریگان ماجنا یزی چی ت ق و

Die „Wiener Sprachen App“ ist ganz nett. Jetzt soll sie mit 630.000 Euro beworben werden. Das ist vollkommen absurd.

„Des is a Schass*.“ – Wer sich diese Phrase aus dem Wienerischen in zahlreiche in Wien geläufige Sprachen – von Kroatisch bis Farsi – übersetzen lassen möchte, kann dazu die sogenannte „Wiener Sprachen App“ bemühen.

Diese App ist keine App, sondern eine nicht besonders gut gemachte Übersetzungs-Webseite, und erstaunlicherweise auch nur auf Deutsch verfügbar. So weit gibt es nicht viel dagegen einzuwenden. Offen bleibt die Frage, warum eine Stadtregierung einen Übersetzungsdienst erstellt, den es im Netz bereits dutzendfach besser gibt. Absurd wienerisch dagegen ist, dass der Bildungs- und Integrationsausschuss der Stadt Wien im September 2016 beschlossen hat, **630.000 Euro für die Bewerbung dieser App** locker zu machen ...

Wer sich fragt, wofür man hier so viel Geld ausgeben kann, der kennt sich in Wien nicht aus. Denn bei der Werbung fehlt es der Stadtregierung nie an Phantasie: Wien gibt **pro Jahr** über **100 Millionen Euro für Eigenwerbung** aus. – Dieses Geld würde reichen, um 320 Schulsozialarbeiter_innen, 600 Lehrer_innen, 840 Kindergärtner_innen und 20.000 Laptops für Schüler_innen zu finanzieren. Gleichzeitig.

* Uns tut diese Schreibweise ja körperlich weh. Aber so will es die Sprachen App. Wir wären ja eher für „Schaas“, „Schaß“ oder „Schas“. Oder vielleicht für ganz andere Worte.

**WIENER |
SPRACHEN
APP |**



GEISTERBOOTE AN DER ALTEN DONAU

Zwei Mähboote für die Alte Donau erwiesen sich als Fehlkauf. Sie stachen nie in See und wurden nach zwanzig Jahren verschrottet. Mit ihnen wurden mindestens 2,8 Millionen Euro versenkt.

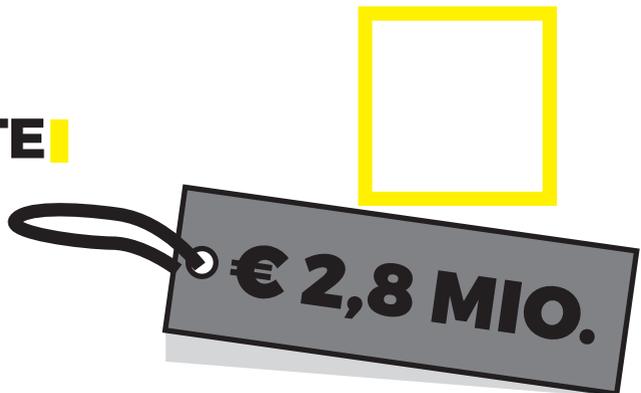
Von Autosammlern kennt man das ja: Sie kaufen einen Luxus-Oldtimer, packen diesen dann in die Garage – und brauchen ein zweites Fahrzeug, wenn sie auch mal fahren wollen. Wer sich's leisten kann – schön. Dass ausgerechnet die schuldengeplagte Stadt Wien ähnliche Kunststücke vollführt, ist wohl weniger dem überquellenden Reichtum zuzuschreiben.

Und auch nicht der Sammelleidenschaft. Denn es geht hier nicht um Oldtimer, sondern um Mähboote, mit denen die schnell wachsenden Algen in der Alten Donau im Zaum gehalten werden sollten. Diese Boote wurden 1995 für **2,3 Millionen Euro** gekauft. Die **zusätzlich** errichteten Landstationen kosteten noch einmal **eine halbe Million Euro**.

Diese beiden Boote waren kein einziges Mal im Einsatz. In der Neuen Donau gab es keine Algen. Für die Alte Donau, in der Algen fröhlich sprießen, waren sie einfach zu groß. Stattdessen wurden die **Mäharbeiten an Dienstleister** vergeben. Die Kosten dafür summierten sich in den Jahren 2005 bis 2012 auf noch einmal **mehr als 2,5 Millionen Euro**.

Nachdem kein Käufer für die dann schon zwanzig Jahre alten überdimensionalen Mähboote gefunden wurde, wurden sie im September 2014 **verschrottet**. Seither werden jedes Jahr Millionenbeträge für externe Mähfirmen aufgewendet – ist aber wahrscheinlich besser so.

**MÄHBOOTE
ALTE
DONAU**



DIE FÖRDERUNG ALS BONUS

Förderungen, die gemeinnützigen Vereinen helfen sollten, landen bei profitorientierten Unternehmen. Das hat in Wien System - Über 250 Millionen Euro Förderungen werden teilweise ohne Plan und Kontrolle verteilt.

Wer das Wiener Förderwesen kennt, der weiß: Offenbar gibt es ein großes „Mein“ in „gemeinnützig“. Denn grundsätzlich dürfen in Wien nur gemeinnützige Vereine mit Sportförderungen rechnen. Diese geben ihre Förderungen allerdings dann oft direkt an profitorientierte Unternehmen weiter, die mit den steuerfinanzierten Fördergeldern satte Gewinne machen. Und die handelnden Personen sind dabei oft die gleichen.

An zwei vom Wiener Stadtrechnungshof geprüften Fällen lässt sich das besonders deutlich nachweisen:

Der **Österreichische Frauenlauf** erhielt jahrelang **45.000 Euro** Förderungen von der Stadt Wien und noch einmal **10.000 Euro** vom Bund. Eigentlicher Veranstalter der Frauenläufe ist aber die Österreichischer Frauenlauf GmbH, die **jährliche Gewinne von 600.000 Euro** verzeichnet.

Die **American Football EM 2014** wurde gleich mit insgesamt **1,34 Millionen Euro** von verschiedenen Stellen gefördert. Auch hier hatte ein Verein um die Förderungen angesucht, die Veranstaltung wurde aber über die American Football Sport Marketing GmbH abgewickelt. Entgegen **offiziellen Verlustmeldungen** ergab die Prüfung des Rechnungshofs einen **Gewinn von 90.000 Euro**. Der Geschäftsführer der Sport Marketing GmbH hatte überdies mit den Fördergeldern Aufträge an seine eigene Werbeagentur vergeben.

Die MA 51 als Förderstelle hatte all das herzlich wenig gekümmert. Im Gegenteil: Sie musste vom Rechnungshof darauf hingewiesen werden, „dass sich eine Abrechnungsprüfung nicht auf die bloße Entgegennahme des Abrechnungsformulars und das Abstempeln von Belegen in der Förderungshöhe beschränken darf.“

**VEREINS-
FÖRDERUNGEN**

€ 250 MIO.

DARF'S EIN BISSERL MEHR SEIN?

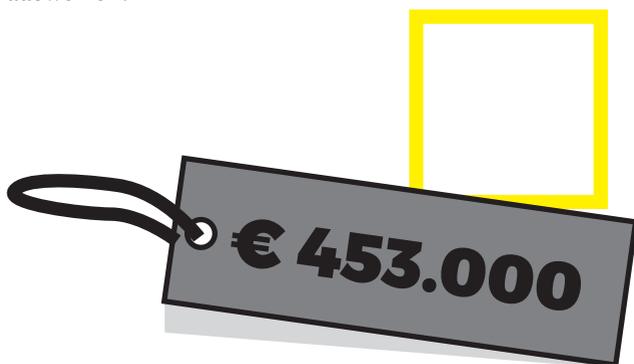
Die Veranstalter der Wienwoche erhielten mehr Fördergeld als sie ausgeben konnten. Statt es zurückzuzahlen, durften sie es fürs nächste Jahr behalten - und bekamen den gleichen Betrag obendrein nocheinmal. Jährliche Kosten: 453.000 Euro.

Es ist wie Sonntag mittags bei der Oma: „Na nimm noch ein Stück, das wir ja sonst schlecht, ist ja schad drum ...“ – Wer einmal an den Wiener Fördertöpfen gelandet ist, muss sich praktisch mit Gewalt gegen weitere Zuwendungen wehren. Solange es der Stadtregierung opportun ist ... Ganz besonders trifft das auf die von den Wiener Grünen initiierte Wienwoche zu. Der eigens dafür gegründete „Verein zur Förderung der Stadtbenutzung“ bietet Kunst und Workshops an und wurde im vom Rechnungshof geprüften Zeitraum (2012–2014) mit **453.000 Euro pro Jahr** gefördert. Dabei brauchte der Verein gar nicht so viel Geld: Die Förderungen wurden 2012 nicht aufgebraucht. Anstatt das Geld zurückzunehmen und im nächsten Jahr weniger zu fördern, wurde das Geld in der Vereinskasse belassen – und 2013 wieder die gleiche Summe ausbezahlt.

Der Verein hatte sich schon an den Geldsegen gewöhnt – und gab gleich **42 Prozent mehr für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit** aus. Das den Bürger_innen angebotene Programm dagegen wuchs nicht: Die Zahl der Projekte halbierte sich zwischen 2012 und 2014, die Zahl der Veranstaltungen sank gar von 70 auf 25. Der Stadtrechnungshof stellte folgerichtig die „förderzweckmäßige“ Verwendung der Gelder in Frage.

Deutlicher – und politisch verhaberter – kann man Steuergelder nicht mehr beim Fenster hinauswerfen.

**WIEN
WOCH**



WIR BAUEN MIST

Ulli Sima versenkt 30.000 Euro in der Tonne und macht Wien zur Lachnummer in der Architekturwelt, weil sie statt eines ausgezeichneten Bauprojekts lieber einen Mistkübel bauen wollte.

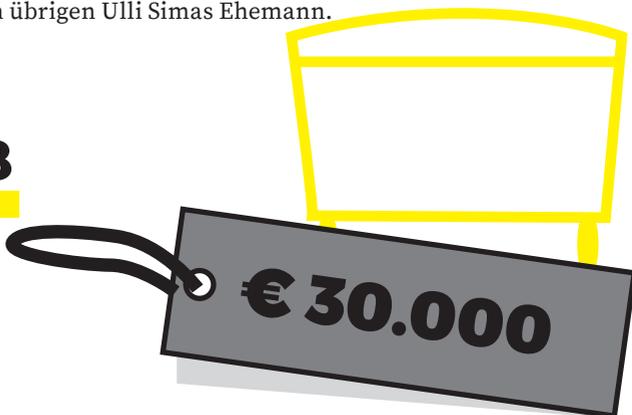
Wenn Ulli Sima Mist baut, dann ordentlich: Die Wiener Umweltstadträtin wollte allen Ernstes ein neues Bürogebäude für die MA48 in Form eines überdimensionalen Mistkübels errichten lassen.

Was nach einer beim Heurigen geborenen Schnapsidee klingt, ist in der Wiener Regierung bitterer Ernst: Stadträtin Sima hatte den Neubau in einem Architekturwettbewerb ausschreiben lassen. Sehr zu ihrem Missfallen, wie sie im Interview mit einer Zeitung sagte. Denn nachdem ihr das von der Jury favorisierte Projekt nicht gefiel, kippte sie den ganzen Wettbewerb kurzerhand in den Müll. Der **Mistkübel-Entwurf**, den sie und der Dienststellenleiter der MA 48 favorisiert hatten, war in der mit Vertretern von Stadt und MA 48 besetzten Jury mit zwei zu fünf Stimmen unterlegen. Dieser Ablauf macht das Amtsverständnis von Stadträtin Sima, die sonst dafür berühmt ist, Plakate und Baustellentafeln mit ihrem Portrait verzieren zu lassen, recht deutlich: **„Die Stadt ist meine Spielwiese.“** Dass sie damit noch die gesamte Architektenschaft brüskiert, ist da nur noch Nebensache.

Die für ihre Eitelkeit versenkten Kosten lassen sich nicht ermitteln: **Jeder der sechs Ausschreibungsteilnehmer erhielt 5.000 Euro**; die Abwicklungskosten wurden nicht offengelegt. Die Architektenkammer nennt aber mindestens ein Prozent der Herstellungskosten des Bauwerkes als Richtwert.

Der Dienststellenleiter der MA 48, der so gerne in das neue Mistkübelbüro gezogen wäre, ist im übrigen Ulli Simas Ehemann.

**MA48
BÜRO**



SELBSTBEDIENUNGS- BUDGET

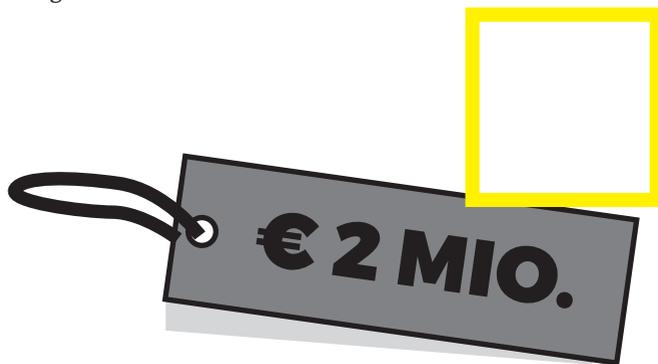
Die Wiener Parteien haben sich gleich nach der letzten Gemeinderatswahl 2 Millionen Euro an weiteren Fördergeldern genehmigt – zusätzlich zur einzigartig hohen Parteiförderung von 28 Millionen Euro. Nur NEOS verzichtet.

Politik ist in Wien ein Selbstbedienungsladen für jene, die an den Futtertrögen sitzen. Kaum ein Beispiel macht das deutlicher als die kurz nach den Gemeinderatswahlen 2015 beschlossene Parteiakademienförderung. In Wien gibt es seit jeher schon die österreichweit höchste Parteienförderung – zuletzt **28 Millionen Euro im Jahr**. Die Parteienförderung wird nach Stimmanteil aufgeteilt – je stärker eine Partei vertreten ist, desto mehr kassiert sie. Nachdem Rot und Grün bei den letzten Wahlen kräftig an Stimmen und damit Parteienförderung verloren hatten, musste offenbar eine neue Geldquelle her. Und so wurde kurzerhand die **Parteiakademienförderung** beschlossen, die den Wiener Parteien noch einmal **zwei Millionen Euro** beschert – jährlich natürlich.

Die Fördermittel sind für „staatsbürgerliche Bildungsarbeit“ zweckgewidmet. Die **Freiheitliche Akademie** legte das sehr großzügig aus und investierte das Geld unter anderem in eine Propaganda-Veranstaltung mit dem klingenden Titel „Abendland beschützen. Damals wie heute“ – anlässlich des 333. Jahrestags der zweiten Türkenbelagerung. – Auch ein klarer Hinweis darauf, dass weniger Parteienförderung und mehr Investitionen in bessere Bildung (etwa in Geschichtsunterricht) sinnvoll wären.

NEOS, seit der letzten Wahl ebenfalls im Wiener Gemeinderat vertreten, hat dort als einzige Partei gegen diese Geldverschwendung gestimmt und verzichtet auch auf die Förderung der Parteiakademie.

**PARTEI-
AKA-
DEMIEN**



LÄRMSCHUTZ VOR DEM NICHTS

Über die gesperrte Abfahrt Simmering ist noch nie ein Auto gefahren. Trotzdem ließ die MA 29 dort eine vollkommen unnötige Lärmschutzwand errichten – für 260.000 Euro.

Simmering hat viele ruhige Ecken: den Zentralfriedhof, große Grünflächen – und die gesperrte Abfahrt Simmering. Diese **nie eröffnete Autobahnrampe** zur Südost-Tangente geistert seit den 70er Jahren als Orientierungspunkt durch Verkehrsfunkmeldungen. Mehr Funktion erfüllte diese Straße nie. 1978 errichtet, um die Südost-Tangente (A23) mit der Südost-Autobahn (A3) zu verbinden, fiel sie nach ihrer Fertigstellung einer Planänderung zum Opfer. Seither münden diese Rampen im Nirgendwo und werden allenfalls für Filmaufnahmen genutzt. So überzeugend lassen sich leere Autobahnen sonst kaum wo simulieren.

Trotzdem betrachtet die Wiener Verwaltung dieses Straßenstück wohl nach wie vor als voll funktionsfähige Autobahn. Denn 2005 gab die MA 29 den Bau einer Lärmschutzwand entlang der A23 in Auftrag. Und wie selbstverständlich wurde die **Lärmschutzwand auch entlang der nie benutzten Autobahnrampe** weitergeführt.

Die Lärmschutzwände wären nicht notwendig gewesen, um Anrainer_innen vor dem Lärm der Hauptfahrbahn zu schützen. Dafür kosteten diese hundert Meter gleich noch einmal **260.000 Euro**. Der Rechnungshof bezeichnete diese Investition in seinem Prüfbericht 2013 als **„verlorenen Aufwand“ für eine „nicht erforderliche Maßnahme“**.

Als nachträgliche Rechtfertigung behauptete die MA 29, es sei eine „vorsorgliche Maßnahme“ – falls die Rampe doch einmal in Betrieb genommen würde. Nach 40 Jahren Stillstand ist das eine gewagte Perspektive ...

**LAST
EXIT
SIMMERING** € 1,3 MIO.

ZWEITER STELLVERTRETER VON LINKS

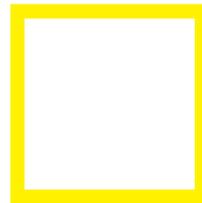
Sinnlose Stellvertreter_innenjobs in der Wiener Bezirkspolitik kosten jedes Jahr 2,8 Millionen Euro.

Beim Kindergeburtstag ist es oft so: Es kann nicht sein, dass einer – das Geburtstagskind – alle Geschenke bekommt; für die anderen muss auch etwas abfallen. Kinder wachsen aus diesem Alter recht bald raus, die Wiener Politik dagegen funktioniert immer noch so: Politische Posten werden streng nach Proporz vergeben. Ob das sinnvoll ist, ist egal. Hauptsache, jeder bekommt sein Stück vom Kuchen.

Deshalb hat Wien nicht nur 23 Bezirksvorsteher_innen, sondern auch noch **46 Bezirksvorsteherstellvertreter_innen**. Die zwei Vizeposten pro Bezirk werden nach Stimmstärke vergeben; eine **Aufgabe ist damit nicht verbunden**. Im Gegenteil: Ein zum Beispiel roter Bezirksvorsteher wird den Teufel tun und sich niemals von einer blauen Stellvertreterin vertreten lassen. Für die Langeweile gibt es allerdings ein fettes Trostpflaster in Form von über 4300 Euro brutto im Monat. In Summe sind das knapp **2,8 Millionen Euro pro Jahr für nichts**.

Wobei, nicht ganz für nichts, ein wenig Ärger ist immer drin: Die Bezirksvertretungswahl Leopoldstadt musste im Herbst 2016 wiederholt werden, weil Grün und Blau über genau diesen Stellvertreterposten stritten. Kosten: noch einmal eine halbe Million Euro.

**BEZIRKS-
VORSTEHER |
STELLVER-
TRETER_
INNEN**



OHNE AMT ODER AUFTRAG

Ein Vizebürgermeister und vier nicht amtsführende Stadträte kassieren zusammen 600.000 Euro im Jahr. Wofür? Das weiß niemand ...

Ursula Stenzel nennt es Peanuts. Wir nennen es unverschämte Steuergeldverschwendung durch abgehobene Politiker_innen. Die Peanuts, die Ursula Stenzel meint, sind **8.686,27 Euro**, die sie als nicht amtsführende Stadträtin monatlich brutto bezieht. Das entspricht dem Gehalt eines Nationalratsabgeordneten. Ihre Leistung dafür? Das kann sie sich aussuchen. Nichtamtsführende Stadträte haben kein Ressort, **kein Amt und keinen Auftrag**.

Wien leistet sich vier dieser Anti-Jobs; drei davon ergatterte bei den letzten Wahlen die FPÖ, einen die ÖVP. Gernot Blümel, der den Nichtstuer-Job für die ÖVP ausfüllt, lässt immer wieder mit der Forderung aufhören, es dürfe nicht so viel Geld fürs Nichtstun geben. – Allerdings meint er damit nicht sich selbst, sondern Mindestsicherungsbezieher_innen, die mit einem Zehntel seines Einkommens auskommen müssen. Getoppt wird dieses Quartett ohne Amt und Auftrag nur von einem: Johann Gudenus ist Wiener Vizebürgermeister für die FPÖ. Der Job mit der Kompetenz und Verantwortung eines Faschingsprinzen bringt stolze **9.554,89 Euro monatlich**.

In Summe werden für diese sinnlosen Jobs über **600.000 Euro im Jahr** verschwendet. Mitarbeiter_innen und Büros schlagen noch einmal mit 400.000 Euro zu Buche. Eine Änderung müsste im Nationalrat beschlossen werden. Anträge dazu gab es von NEOS – SPÖ, ÖVP und FPÖ haben sie abgelehnt.

SINNLOSE JOBS

€ 600.000

FREUNDSCHAFTS- PREISE

Wenn die rote Stadtregierung mit roten Gewerkschaften Geschäfte macht, sind die Konditionen günstig und die Gewinne hoch. Zu Lasten der Bürger_innen.

Bei **Geschäften unter Freunden** sieht man nicht so genau hin. Schon gar nicht, wenn die regierende Sozialdemokratie den Freunden von der Gewerkschaft Immobilien verkauft. Im Semmelweis Areal, einer der teuersten Lagen Wiens, hat die Stadt Wien Grundstücke sehr günstig an die **at home Immobilien GmbH**, eine Tochter der Gewerkschaft Bau-Holz verklopft. Für 8.000 Quadratmeter, 6.500 davon Baugrund, zahlten die Gewerkschafts-Immobilienhaie 4,6 Millionen Euro. Ergibt einen Quadratmeterpreis von 710 Euro. Der Marktpreis liegt bei 1.600 Euro. Wer glaubt, dass die mittlerweile errichteten 49 Wohnung zu gewerkschaftlich-sozialen Preisen gehandelt würden, der irrt: Der Verkaufspreis der Wohnungen liegt bei 6.000 Euro pro Quadratmeter. Damit gehen sich ein paar Millionen Gewinn aus; die Stadt als Grundeigentümerin schaut dabei durch die Finger.

Ein paar Details zu den Beteiligten zum Drüberstreuen:

- Die **at home GmbH** ist eine Tochter der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Gewog, die als gemeinnütziger Bauträger solche Gewinne nicht selbst einfahren darf.
- **Karl Wurm**, Chef der Gewog, verkaufte sich 2003 selbst eine eigentlich geförderte Dachgeschosswohnung sehr günstig. Die Sondergenehmigung, mit der Wurm auf die Förderung verzichten konnte, erteilte der damalige Wohnbaustadtrat Werner Faymann. Die 139 Quadratmeter-Wohnung mit Sauna, Wintergarten 50 Quadratmeter Terrasse kostete trotzdem nur 1.761 Euro pro Quadratmeter.
- Und **Josef Muchitsch**, Chef der Gewerkschaft Bau Holz und Nationalratsabgeordneter der SPÖ, wohnte bis Sommer 2015 selbst in einer Sozialwohnung, die er erst nach massivem öffentlichen Druck im letzten Wahlkampf aufgab.

**SPÖ
IMMOBILIEN**

GÜNSTIG

TOURISMUSATTRAKTION ENTSORGUNGSBETRIEB

Die Stadt subventioniert Busrundfahrten zu Entsorgungsbetrieben und ähnlichen Attraktionen mit 100.000 Euro im Jahr – quersubventioniert aus dem Budget und damit zu Lasten aller Gebührenzahler_innen.

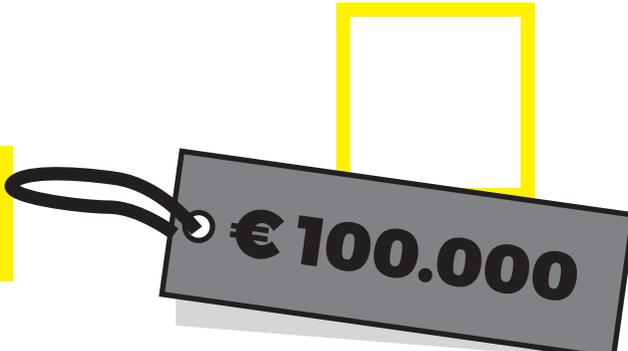
Die MA 53 betreibt ein **eigenes Büro für Stadtrundfahrten**. Staunende Schüler_innen und andere Gruppen können auf den kommunalen Rundfahrten einschlägige Sehenswürdigkeiten wie „Sozial- und Gesundheitseinrichtungen“, „Stadterweiterungsgebiete“ oder „Entsorgungsbetriebe“ besichtigen.

Vielleicht kein ganz so spannendes Programm. Das wirkt sich auch auf die Einnahmen aus: Das Fahrtenbüro erwirtschaftet **20.000 Euro pro Jahr** – bei **jährlichen Ausgaben von 120.000 Euro**.

Auf Anfrage von NEOS lässt die Stadt wissen: Das Angebot solle niederschwellig bleiben, **man müsse ja nicht gewinnorientiert arbeiten** wie ein privates Unternehmen.

Das mag ehrenhaft sein. Allerdings verrechnet dieselbe Stadtregierung, die sich hier so großzügig gibt, in viel wesentlicheren Bereichen viel saftigere Gebühren: **Müllentsorgung und Wasserversorgung** etwa arbeiten weit mehr als kostendeckend. Damit finanzieren die Bürger_innen ungefragt die Liebhabereien der Stadt. – Immerhin können sie sich beim Besichtigen einer Müllverbrennungsanlage dann bildlich vorstellen, wie auch hier wieder **100.000 Euro jährlich verbrannt** werden.

**MÜLL-
TOUR-
ISMUS**



€ 100.000

SO SPECKEN WIR WIEN AB:

Parteienförderung um 50% kürzen	€13,9 Mio.
Parteiakademienförderung abschaffen	€2,0 Mio.
Nicht amtsführende Stadträte abschaffen	€1,0 Mio.
Werbeausgaben von Rot-Grün halbieren	€50,0 Mio.
Minus 50% Politiker_innen im Gemeinderat	€4,8 Mio.
Minus 50% Bezirksmandatar_innen, Bezirksvorsteher-Stellvertreter_innen abschaffen	€27,0 Mio.

POLITIK
98,7 MIO

Subventionsdschungel durchforsten	€76,0 Mio.
Neue Struktur und mehr Effizienz im Magistrat	€183,0 Mio.
Kosten für externe Berater_innen reduzieren	€1,5 Mio.
Quersubvention der maroden Volkhochschulen reduzieren	€10,0 Mio.
Mietkosten für Amtsgebäude reduzieren	€3,4 Mio.
Neuorganisation Beteiligungsmanagement	€61,0 Mio.
Digitalisierung des Magistrats	€1,0 Mio.
Neues Konzept Stadtstraße	€29 Mio.

VERWALTUNG
364,9 MIO

Luxuspensionen abschaffen	€3,0 Mio.
Pensionsreform des Bundes umsetzen	€10,0 Mio.
Bezahlte Freistellungen für Gewerkschafter_innen abschaffen	€0,4 Mio.
Fairness für alle: 7. Urlaubswoche rückgängig machen	€8,0 Mio.
Verbesserte Gesundheitsförderung und Fehlzeitenmanagement	€13,0 Mio.
Modernes und transparentes Entlohnungs- system – Abschaffung des 300-seitigen Zulagenkatalogs	€2,0 Mio.

PERSONAL
36,4 MIO

UNSER ABSPECKPLAN FÜR WIEN.

500 Millionen Euro weniger für das aufgeblähte System,
500 Millionen Euro mehr für Bildung, Gesundheit, Innovation
und Schuldentrückzahlung!

IN DER POLITIK

Neben den 100 Mitgliedern im Wiener Gemeinderat leisten wir uns 1.144 Bezirksrät_innen in den 23 Bezirksvertretungen. In den Bezirken sitzen 46 Bezirksvorsteher-Stellvertreter_innen, die uns Bürger_innen nichts bringen, aber jedes Jahr Millionen kosten.

98,7 MIO. €

IN DER VERWALTUNG

60 Magistratsabteilungen haben 17 Pressestellen, 23 IT-, 34 Personal- und 39 Controllingabteilungen. Das ist teuer und ineffizient. Wien hat pro Einwohner_in drei Mal so viel Personal wie die Bundesländer - hier können wir sparen.

364,9 MIO. €

BEIM PERSONAL

Freistellungen für gewerkschaftliche und parteipolitische Tätigkeiten, eine zusätzliche siebente Urlaubswoche, Pensionsprivilegien, bezahlte Mittagspause - wir schaffen überholte Privilegien für Magistratsbedienstete ab.

36,4 MIO. €

neos.eu/abspecken